

Fridays For Future - Moral und Politik gehören zusammen

Reinhardt, Sibylle

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reinhardt, S. (2019). Fridays For Future - Moral und Politik gehören zusammen. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 68(2), 159-162. <https://doi.org/10.3224/gwp.v68i2.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Fridays For Future – Moral und Politik gehören zusammen

Sibylle Reinhardt

Seit August 2018 entsteht und verbreitet sich eine Jugendbewegung mit großem Nachdruck: angestoßen durch die junge Schwedin Greta Thunberg versammeln sich Schüler und Schülerinnen an Freitagen zur Schulzeit und demonstrieren für den Erhalt der Welt durch Klimaschutz. Sie werfen den älteren Generationen vor, sorglos und egoistisch mit der Umwelt umgegangen zu sein, und fordern sofortige Umkehr durch das sofortige Ende der Kohle-Nutzung – und nicht erst in zwanzig Jahren.

Die Demonstrationen finden großen Zulauf und ein großes Echo in Medien und auch in Alltagsgesprächen. Die Bewegung ist also extrem erfolgreich und eine Sensation, weil zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine wirklich junge Generation die handelnde Generation ist. Nach vielen Jahren der Gemütlichkeit und des privaten Lebensstils ist das politische Interesse junger Menschen angestiegen (vgl. schon die Shell-Studie 2015). Sichtbare und hörbare Teile der Altersgruppen der 14- bis 19-Jährigen und Studierender gehen auf die Marktplätze und in die Straßen und rufen laut nach einem Ende der Umweltzerstörung – und zwar sofort.

Die Forderung findet deshalb ein so großes Echo, weil sie nicht das Interesse größerer oder kleinerer Gruppen formuliert, sondern unabweisbar das Interesse aller Menschen. Die Gefahr der Welt-Zerstörung durch Klima-Wandel ist greifbar geworden, die Bedrohung ist konkret. Deshalb spricht die Schüler-Bewegung für alle und findet Resonanz bei ganz vielen. Sie unterliegt nicht dem häufig notwendigen Ideologie-Verdacht mit der Frage, welches ökonomische oder weltanschauliche oder Inte-



Prof. i.R. Dr. Sibylle Reinhardt
Mitherausgeberin von GWP

resse einer Organisation sich hinter der Behauptung des Allgemeininteresses abspielt.

Die Bewegung hat wohl so viel Aufmerksamkeit erreicht, weil die jungen Leute der Schule fernbleiben. Sie nennen das „Streik“ – und hier hat die Analyse zu beginnen. Denn sie bestreiken sich ja selbst; kein Arbeitgeber wird durch die Verweigerung ihrer Arbeit ökonomisch unter Druck gesetzt. Ganz im Gegenteil: Bildung ist ihre persönliche Chance für ihre Zukunft – und für die Zukunft aller. Bildung ist ein allgemeines Gut, schon gar in Deutschland mit der weitgehend öffentlichen Finanzierung der Schulen. Wir alle brauchen die Bildung der nächsten Generationen, deshalb ist Schulpflicht eine Selbstverständlichkeit. Sie mögen das Fehlen „Streik“ wegen ihrer Abwesenheit von ihrem Platz in der Schule nennen und damit die Öffentlichkeit aufmerken lassen, aber ein Streik von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber ist das nicht. Und sie sprechen sich ja auch gar nicht gegen Bildung oder Schule oder die Schulpflicht aus.

Eher denn als Streik ist die Bewegung als „ziviler Ungehorsam“ zu fassen. In den Diskussionen der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts hat Jürgen Habermas 1983 in einem Sammelband von Peter Glotz den Titel „Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat“ veröffentlicht (Abdruck 1985). Mit Bezug auf Rawls entwickelt er eine rechtsphilosophische Definition. Für Rawls in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ (1975, S. 399-405) entstehe das Problem des zivilen Ungehorsams für Bürger, die die demokratische Verfassung anerkennen, durch einen Pflichtenkonflikt. Wenn die Pflicht, sich an Gesetze zu halten, mit der Pflicht zum Widerstand gegen Ungerechtigkeit kollidiert – wann ist legales Handeln nicht mehr bindend? Die Frage rühre „an den Sinn und die Grenzen der Mehrheitsregel“ (S. 85).

Habermas' Argument geht davon aus, „daß der moderne Verfassungsstaat einer moralischen Rechtfertigung sowohl bedarf wie auch fähig ist“, die seine Legitimation über die Legitimation durch Verfahren (der Gesetzgebung durch verfassungsmäßige Organe) hinaus auch aus Prinzipien rechtfertigt, die allgemein anerkennungswürdig sind. Neben das positive Recht tritt für die Grundnormen der Verfassung diese Begründung: „Sie alle folgen der Intuition, daß nur solche Normen gerechtfertigt sind, die ein verallgemeinerungsfähiges Interesse zum Ausdruck bringen und daher die wohlwogene Zustimmung aller Betroffenen finden könnten. Und zwar wird diese Zustimmung an eine Prozedur vernünftiger Willensbildung gebunden ...“ (S. 86). Legitimation durch verallgemeinerungsfähige Gründe und durch die Prozedur des Diskurses sind die zwei Säulen der Legitimität des demokratischen Rechtsstaats. (Vgl. auch Habermas 1992, S. 462-467)

Ziviler Ungehorsam – der nur im intakten demokratischen Rechtsstaat denkbar ist – verlangt vom Regelverletzer, dass er nicht die Funktion des Souveräns usurpieren will, sondern der Regelverletzer veröffentlicht einen Appell an die jeweilige Mehrheit, anspruchsvolle Grundsätze mit universalistischem Gehalt zu verwirklichen (vgl. S. 87). Ein kollektiver Lernprozess soll angestoßen und weitergetrieben werden! Der Regelverletzer ist verpflichtet zur Achtung der allgemeinen Prinzipien und so muss auch die Allgemeinheit in Gestalt einer Regel setzenden Mehrheit sich selbst messen an den Ideen des „diskursiv erzielten Einverständnisses oder eines präsumptiv gerechten Kompromisses“ (S. 96). Das bedeutet nicht idealistisches Überhören, sondern liefert

den Maßstab für die langfristige Bewertung der real notwendigen Entscheidungen unter Zeitdruck und vielen anderen Begrenzungen durch die Wirklichkeit.

Beide Seiten können irren, sowohl die aktuelle Gesetzgebung als auch der aktuelle Protest. Deshalb sind beide Seiten zur Zurückhaltung verpflichtet (S. 89), also darf weder der Staat faktisch mit Zwang überreagieren noch darf die Bewegung mit einer Moralkеule diffamieren. Beide Seiten müssen reden und zuhören, der Protestinhalt muss in die Sphäre der verhandelten Politik gelangen. Und dafür muss „Friday For Future“ – diese Aufgabe steht jetzt an – konkret werden.

Frühere Protestbewegungen hatten nach meiner Einschätzung einen konkreten Punkt des Angriffs: die Anti-Kernkraft-Bewegung war zum Beispiel gegen den Bau in Kalkar, die Umweltschutz-Bewegung war gegen den Bau der Startbahn West. Friday For Future hat bisher so total Recht, wie es sich nur aus abstrakten universalen moralischen Prinzipien ergeben kann. Das konkrete Leben und das konkrete politische Entscheiden brauchen aber die Anwendung der Prinzipien auf die konkrete Komplexität des Lebens (vgl. Reinhardt 2018, Kapitel 10).

Wie könnte aus Friday For Future ein politisches Projekt der Suche nach Mehrheiten werden? Die erste Bedingung ist der Blick auf widerständige Interessen. Der Ruf, heute und also sofort die Braunkohle-Förderung zu beenden, schiebt die Lebensinteressen ganzer Regionen beiseite. Eine gesicherte Energie-Versorgung wird verlangt, bezahlte Arbeitsplätze und die nötige Mobilität werden gefordert, Rechtsfragen um Eigentum sind nicht trivial. Klima- und Umweltschutz ist ein Feld der Kontroversen (s. „Kontrovers dokumentiert“ zum Braunkohle-Ausstieg von Bischoff in diesem Heft). Die zweite Bedingung ist die Verallgemeinerung der Möglichkeit des Protestes. Das Klima-Problem ist ein Problem aller Generationen, auch wenn die Zuspitzung auf das Schicksal der jungen Generation stimmt, denn alle Generationen sind die Öffentlichkeit in dieser Gesellschaft und viele Jahrgänge nehmen über ihre gewählten Repräsentanten an den politischen Entscheidungen teil. Deshalb wäre die Integration auch der bezahlt arbeitenden Bevölkerung in die Demonstrationen zu ermöglichen – Saturday For Future wäre die praktische Verallgemeinerung der Aufforderung zum Protest.

Einige Beobachtungen lehren, wie das politische Projekt nicht gefördert wird. In Sachsen-Anhalt wurde, laut Mitteldeutscher Zeitung vom 8. Februar 2019, S. 2, aus der Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland gefordert, dass wiederholt Fehlende im Unterricht (wegen ihrer Teilnahme an den Future-Demonstrationen) von der Polizei abgeholt und in die Schule gebracht werden sollten. Regelverletzer müssen selbst für ihre Regelverletzung einstehen, wie es Schulgesetze und Regelungen der einzelnen Schule vorsehen, aber dass die AfD nach ihrer Jagd auf Lehrer (vgl. Reinhardt 2019) nun auch zur Jagd auf Schüler und Schülerinnen posaunt, das sagt mehr über die AfD aus als über Friday For Future. Hier würde die Zurückhaltung des intakten demokratischen Rechtsstaates fehlen.

Die andauernde Konzentration der Demonstrationen auf den Freitag – die am Anfang vielleicht nachvollziehbar war – hat zu einer Ablenkung vom Thema geführt: Reaktionen des Staates und der Schulen auf das Fehlen gerieten in den Vordergrund. In der Talk-show von Anne Will am 31.3.2019 klagte eine Aktivistin mit Recht, dass

häufig nur über den Freitag und das „Schwänzen“ der Schule und nicht über das Klima-Problem geredet werde. Aber dazu hat „Friday“ beigetragen.

Erzählt wurde die Beobachtung (nicht verifizierbar), dass eine Gruppe im Kindergarten-Alter, vorn und hinten und in der Mitte sorgsam begleitet durch Erwachsene, zu der Demonstration am Freitag strebte. Ohne lange Diskussion: das geht nicht. Den Erwachsenen würde jede Erfahrung mit Demonstrationen und deren unabweisbare Risiken fehlen und ihnen fehlte auch jede Vorstellung von politischer Bildung mit ihrer Bindung an die drei Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses: Verbot der Indoktrination, Gebot der Kontroverse und Achtung vor dem Subjekt-Status der Lernenden (vgl. Reinhardt 2018, Kapitel 3).

Aber auch den Aktivisten muss gesagt werden: Euer bzw. Ihr Ziel ist die demokratische Politik. Als in der erwähnten Talk-Show ein bekannter Politiker auf den Vorwurf, die Politik zucke nur mit den Schultern, entgegnete, es werde sehr wohl in Kommissionen geplant, viele in der Sphäre der Politik redeten über die Klimagefahren, da sagte die junge Frau: „Sie reden und reden.“ Und da hat der Politiker sinngemäß völlig richtig entgegnet: Wir müssen reden, wir können nicht anordnen, wir müssen Mehrheiten suchen. Damit hat er appelliert, das demokratische System zu achten. Und ein anderer Politiker verwies darauf, dass in Deutschland ein Kompromiss gefunden worden sei – anders als zum Beispiel in Frankreich.

Ich bin optimistisch. Die Freitags-Bewegung ist nach meinen Beobachtungen bestimmt von universalen moralischen Überlegungen, sie ist nicht zynisch und versteckt kein enges Eigen-Interesse. Letzten Endes sind diese (ob alle, sei dahingestellt) jungen Menschen am Allgemeinwohl orientiert und achten demnach auch alle anderen als gleich an Wert und Würde – auch diejenigen, die anderer Meinung sind. Daraus ergibt sich die Chance der Förderung von Demokratie als Konflikt-System, das Kontroversen zulässt, sieht und vielleicht sogar sucht. Demonstrationen sind fast immer in der Botschaft einseitig, was legal und häufig auch legitim ist, Friday For Future im Besonderen ist im moralischen Anspruch universalistisch unkonkret, aber im langfristigen Gemein-Interesse. Und nun setzt sich die konkrete politische Auseinandersetzung fort bzw. für viele beginnt sie jetzt erst ernsthaft. Das wäre ein großes Verdienst dieser Jugendbewegung, die vielleicht den Weg von punktuellen Protesten zur politischen Bewegung findet.

Literatur

- Bischoff, Mirko (2019): Der Braunkohle-Ausstieg – kontrovers dokumentiert. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 2, S. 251-259.
- Habermas, Jürgen (1985): Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In: ders.: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M. 1985, S. 79-99 (zuerst 1983)
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M.
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.
- Reinhardt, Sibylle (2018): Politik-Didaktik. Handbuch. Berlin. (7. überarbeitete Neuauflage)
- Reinhardt, Sibylle (2019): Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens. Kommentar zum Portal „Neutrale Schulen“ der AfD in Hamburg. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 1, S. 13-19
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt a.M. 2015